



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

γ.: Aus Schwaben.

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

Aus Schwaben.

13. November.

Auf den 5. December sind die Wahlen zu der neuen württembergischen Kammer ausgeschrieben, welcher die zu erwartende Vereinbarung von Versailles zur Genehmigung vorgelegt werden wird. Ausdrücklich zu diesem Zweck sind die Neuwahlen angeordnet worden. Aus der Tiefe des allgemeinen Stimmrechts soll die Zustimmung zu dem künftigen Bundesverhältniß geschöpft werden. So gestalten sich die Wahlen zu einem untrüglichen Gradmesser, wie das württembergische Volk sich heute zu der Frage der deutschen Einheit stellt. Unbekannt und unvergessen ist, wie es sich bis zum Juli d. J. zu dieser Frage stellte. Welchen Eindruck hat der nationale Krieg mit seinen Opfern, seinen Erfolgen und seinen Zielen auf die Bevölkerung des Schwabenlandes gemacht, ist der alte Trotz durch die rühmliche Waffengemeinschaft aufgeweicht, sind langgenährte Vorurtheile und Befürchtungen vor den klaren Thatsachen gewichen, hat sich der Haß in Liebe gewandelt? — Darauf sollen die Wahlen des 5. December Antwort geben.

Leichter als irgendwo scheint es in Schwaben den Puls der öffentlichen Meinung zu fühlen und ein ganz bestimmtes Urtheil über die vorherrschende Stimmung des Landes zu gewinnen. Denn der Schwabe ist gewöhnt, den Gang der Ereignisse mit häufigen Meinungsäußerungen zu begleiten, in welchen er sich mit sich selbst und mit den Ereignissen auseinandersetzt. Was er glücklich in sich verarbeitet hat, davon gibt er alsbald Kunde, die Welt soll nicht im Zweifel gelassen werden, wie die Geister am Nesenbach von den Begebnissen des Tages berührt sind. Schon in gewöhnlichen Zeiten vergeht kein Jahr, ohne daß mehrfach die eine wie die andere Partei theils in ihren Führern, theils in größerer Masse sich zusammenthut, um ein erneutes Bekenntniß ihrer politischen Gesinnung abzulegen, oder das bisherige an den Thatsachen zu messen, wofern nicht das Andere und Häufigere geschieht, daß nämlich die Thatsachen vielmehr nach dem Bekenntniß gemessen werden. Die Zwischenzeit aber verstreicht nicht, ohne daß einzelne Gau- oder Bezirksversammlungen zur Stärkung der Gleichgesinnten dienen und dafür sorgen, daß die Schlagwörter der Partei nicht in Vergessenheit gerathen. Sind die Zeiten bewegter, so wird der Beschluß gefaßt, die sogenannte Landesagitation zu veranstalten, wozu die Mittel stets vorräthig auf Lager liegen. In der Hauptstadt wird dann eine Parole ertheilt, ein bündiges Formular wird in die Provinz hinaus verbreitet, überall werden Versammlungen gehalten, die nach Anhörung einiger mehr oder weniger beliebter Redner besagtes Formular gleichfalls einstimmig adoptiren.

Ist in den Städten die Arbeit gethan, so pflanzt sich, schwächer werdend, doch hundertfältig, das Echo in die Landgemeinden fort. „Land auf, Land ab“ ist die Bewegung im Gang, daß einem Demokraten das Herz im Leibe lacht, und die Zeitungen ermangeln nicht, getreulich zu berichten, daß auch die wackeren Bürger von Mezingen oder Bezingen sich der allgemeinen Agitation angeschlossen hätten. Es ist schon eine feierlichere Nuance, wenn für diese Beschlüsse auch Unterschriften eingesammelt werden, welche urkundlich die Personen binden und ihnen irgend welche, leichter oder schwerer genommene, moralische Verpflichtung auferlegen. Hat nun eine solche Agitation ihren Kundgang vollendet, so treten die Statistiker der betreffenden Partei auf und ermangeln nicht, durch sorgfältiges Addiren zu erhärten, daß so und so viele Tausend freie schwäbische Männer der einmüthigen Ueberzeugung sind, daß u. s. w. Zuletzt geschieht es, daß wiederum in der Hauptstadt eine allgemeine Versammlung gehalten wird, welche gleichsam das Facit aus der Landesagitation zieht, und die Einzelbeschlüsse noch einmal in einen Gesamtbeschuß zusammenfaßt, der sich auf die Stimme des ganzen Landes stützt. Und sollen auch die letzten Mittel erschöpft werden, so wird beschossen, eine Adresse mit dem fraglichen Landesgravamen durch eine Deputation dem Landesvater persönlich zu überreichen, der dann die Deputation an seinen Minister zu verweisen pflegt, wosern er nicht deren Besuch überhaupt für überflüssig hält, in welchem Fall die Adresse wenigstens als untadeliges kalligraphisches Kunstwerk dem königl. Kabinet übergeben wird, zuweilen mitsammt jenen Tausenden von Unterschriften in Natura, was dann einem patriotischen Buchbinder Gelegenheit zur Entfaltung seiner höchsten Künste gibt. Dieser ganze nicht unerhebliche Apparat von jener einfachen Urresolution an durch alle ihre Metamorphosen bis zum feierlichen Schlußact ist eine spezifische Eigenthümlichkeit des schwäbischen Landes, er gehört zu unseren Sitten und Gewohnheiten. Man hat in unsern Nachbarländern rechts und links, zumal in klerikalen Kreisen, dasselbe Recept zuweilen für einen sogenannten Adressensturm benutzt. Aber jedenfalls ist es ausschließlich in Süddeutschland verwendbar. In Ostpreußen oder Westfalen würde man ohne Zweifel sehr verwundert sein, wenn Jemand auf den Gedanken käme, diese Gewohnheit der „politisch entwickeltesten“, süddeutschen Brüder dorthin zu verpflanzen. Ist auch das Contingent an Linie und Landwehr, das Württemberg bis jetzt zu stellen Willens und im Stande ist, ein verhältnißmäßig bescheidenes, so ist es dafür beflissen, diesen Mangel durch um so zahlreichere Volksversammlungen und Resolutionen jederzeit auszugleichen.

Käme es nun bloß auf diesen Apparat öffentlicher Kundgebungen an, so müßte allerdings gesagt werden, daß sich die Stimmung in Württemberg ganz entschieden umgewandt hat, und daß sie heute ebenso eifrig

national ist, als sie bis zum Kriege eifrig antinational war. Denn die deutsche Partei hat sich redliche Mühe gegeben, jenen unvermeidlichen Apparat für die gute Sache in Bewegung zu setzen, und einen ganz erklecklichen Erfolg damit erzielt. Es ist deswegen auch schon das württembergische Volk ob dieser plötzlichen Sinnesänderung nicht wenig belobt und anerkannt worden. Schien es doch eine Zeit lang, als ob eine stürmische Begeisterung des Landes sich bemächtigen wolle, die alle Parteien mit sich fortreiße. Und allerdings steht fest, daß die Führer der demokratischen und ultramontanen Partei es für rätlich hielten, jenen Kundgebungen nichts in den Weg zu legen; sie ließen sie unbekümmert geschehen und hüllten sich in Schweigen. Ruhig ließen sie den ersten Sturm der Begeisterung vorüberbrausen und schienen auch keine Notiz davon zu nehmen, daß ihre Anhänger auf dem Lande anfangen in bedenkliche Bahnen zu gerathen. Es kam nur darauf an, im rechten Augenblick wieder einzugreifen. Seit der Ausrufung der Republik in Paris begann ganz allmählich das Geschäft, Gift in die Freude über unsre Siege zu träufeln. Mit vieler Kunst wurde die Bearbeitung des Volkes ins Werk gesetzt, das die Vorstellung von Frankreich als dem Erbfeind allmählich wieder mit den Gefühlen für das Brudervolk vertauschen sollte. Einige Vorsicht war immerhin während der Kriegsdauer geboten, doch konnte sich das Blatt Carl Mayer's immer Stärkeres erlauben, es sparte weder hohe noch heuchlerische Sentimentalität, um die Wirkung des gewaltigen Kriegssturms auf das Volk zu dämpfen und niederzuhalten. Die kurze Kammer Sitzung ist dann von den Führern jener Parteien dazu benutzt worden, um zu verkündigen, daß sie die Alten geblieben seien, und heute angesichts der Wahlen zeigen sich die Parteien gegenseitig die alten, wohlbekanntten Gesichter. Die Adressenbewegung für den Anschluß an den nordd. Bund ändert daran nur wenig. Es lag ihr der ehrlichste Wille zu Grunde und sie ging unstreitig aus den besten Kreisen der Bevölkerung hervor. Allein es ist wiederholt die Bemerkung gemacht worden, daß eine solche Colportage der öffentlichen Meinung, wenn sie auch in die Breite noch so sehr sich ausdehnt, doch nicht eigentlich in die Tiefe des Volksgeistes hinabzusteigen pflegt. Die große Masse bleibt von ihr unberührt und öffnet weder der einen noch der andern Partei ihr Innerstes. Das allgemeine Stimmrecht ist zuletzt souverän und kümmert sich wenig um die unterschriebenen Adressen. Wir fürchten, daß man zu viel behauptete, wenn von einer gänzlichen Umstimmung Württemberg's die Rede war, und wollen uns zwar sehr gern durch den Ausfall der Wahlen eines Besseren belehren lassen, möchten aber doch bei Zeiten vor ungemessenen Erwartungen warnen.

Der Wahlkampf ist im Gang, und aufrichtig gesagt, die Nachrichten aus den verschiedenen Bezirken dürften besser sein. Weit bleibt die öffentliche

Meinung zurück, hinter dem, was man gerechterweise als Rückschlag eines solchen Krieges erwarten könnte. Wenig ist zu spüren von einem großen Zuge, der durch's Volk ginge, und der jetzt doppelt lebhaft sich zeigen müßte, wenn eine gründliche Umwandlung durch mächtige Eindrücke bewirkt wäre. Auf die erste Aufwallung ist vielfach wieder Mattheitigkeit gefolgt, und kleine mißmuthige Bedenken auf den Jubel, der nach Wörth und noch nach Sedan Alles fortreisend hervorbrach. Und doch ist hier zu Land die Freude an den Triumphen der deutschen Heere weniger als anderswo verkümmert durch die Trauer um zahlreiche Verluste. Jetzt vollends, wo die Wahlen das Interesse wieder den Angelegenheiten des eignen Landes zuwenden, scheint Alles in die ausgetretenen, kaum verlassenen Geleise zurückzukehren, und wenn die Wahlprogramme auch die deutsche Frage, den Abschluß des Verfassungswerks, selbstverständlich in den Vordergrund rücken, so fehlt doch viel, daß dies in der Masse der Bevölkerung wirklich durchschlüge. Wiederum erlebt man die wohlbekannteren erbaulichen Scenen. Erst kommen alle möglichen anderen Rücksichten privaten und localen Charakters, dann erst die politischen und nationalen Interessen. Man pflegt bei dem Candidaten zunächst die Frage zu stellen, ob er in dem Bezirk ansässig oder gebürtig ist, ob er sonst welche Beziehungen hat, ob er ihm zu einer Eisenbahn zu verhelfen vermag. Dann aber gilt es die gewichtige Rivalität zu tilgen zwischen den einzelnen Städtchen und Theilen eines und desselben Wahlbezirks, denn der „hintere Bezirk“ hat meist viele andere Neigungen und Ideen als der „vordere Bezirk“, und diese Fehden sind um so schwieriger beizulegen, als in der Regel alles unter sich ebenso verfeindet, als verwandt und verwettet ist. Selten, daß eine Candidatur allein durch das politische Programm eines bewährten Charakters entschieden wird.

Immerhin ist vorauszusehen, daß die Physiognomie der nächsten Kammer eine wesentlich andere sein wird, als die der aufgelösten. Vielfach haben sich die Abgeordneten der demokratischen Richtung mit ihren Unglücksprophetieungen, die so handgreiflich widerlegt sind, die Gunst ihrer Wahlbezirke verscherzt, einige derselben sind auch, weil der Strich der Zeit einmal gegen sie ist, freiwillig von einer Candidatur zurückgetreten. Aber man besorgt, daß dies nicht in wünschenswerthem Maße den Candidaten der deutschen Partei zu gut kommen werde. Ihre Anzahl wird durch die Neuwahlen voraussichtlich verstärkt werden, aber schwerlich erheblich, und einige der bisherigen Abgeordneten dieser Partei sind sogar in Gefahr ihre Sitze zu verlieren. Dies allein zeigt, daß das Volk bei seinem angeblichen Umschlag sehr vorsichtig zu Werke geht. Es ist allerdings in seinen bisherigen Ansichten erschüttert, es ist unsicher geworden, und in dieser Lage wendet es sich zwar von der einen Seite ab, aber es sträubt sich auf die andere Seite zu treten: vielmehr

sucht es sich an die Autorität der Regierung anzuklammern, welche mitten inne steht. Es traut den Einen nicht mehr, den Andern noch nicht, und so denkt es gleichmüthig, daß die Regierung es gut machen werde. Der Ueberdruß an den demokratischen Uebertreibungen einerseits und die lang genährte Abneigung gegen die „Preußen“ andererseits, treibt das Volk in die Arme der Regierungscandidaten; wir werden zur Abwechslung eine vorherrschend gouvernementale Kammer erhalten.

Nun ist dies gegenüber der aufgelösten Kammer allerdings ein Fortschritt; der schlimmste Particularismus, das radicale Philisterium, wird seine Herrschaft verlieren. Auch sind unter den zahlreichen Regierungsbeamten, deren Candidatur durch die Lust schwirrt, manche sehr schätzenswerthe Kräfte und aufrichtig national gesinnte Männer. Daß so die künftige Kammer mit der nöthigen Zweidrittelsmehrheit den Anschluß an den Bund genehmigen werde, ist kaum zu bezweifeln. Eine Gefahr liegt nur darin, daß die Regierung auf alle Fälle an dieser Kammer eine Stütze finden wird, auch wenn sie ihr ein anderes politisches Programm vorlegen würde. Eine nationale Mehrheit wäre für sie ein moralischer Drücker, und diesen sucht sich die Regierung offenbar fernzuhalten.

Es ist im Augenblick durchaus kein Grund vorhanden, an den redlichen Absichten der württembergischen Regierung und speciell ihrer beiden Unterhändler im Hauptquartier zu Versailles zu zweifeln. Alles läßt hoffen, daß der Anschluß an den Bund zu Stande kommt. Aber es ist doch nicht zu verkennen, daß die wahrscheinlich gewordene Weigerung Bayern's, dem Bund beizutreten, unerwartete Schwierigkeiten auch für Württemberg noch im Schooße trägt. Thatsächlich ist in den letzten Jahren die württembergische Politik immer durch die bayrische mitbestimmt worden, und als im Juli der König Ludwig sich wider den Rath seiner Oheime und wider das Drängen der Patriotenpartei für das Festhalten am Allianzvertrag entschied, war die Sache auch für Württemberg entschieden. An demselben Tag, als die Kunde davon aus München kam, gab die württembergische Kammermehrheit ihren Widerspruch auf. Und so wäre denn auch bei uns der Eintritt in den Bund ganz glatt abgelaufen, wenn in Versailles zugleich Bayerns Anschluß erzielt worden wäre. In diesem Falle hätte man sogar vielleicht auf die Zustimmung der antinationalen Parteien rechnen können, gerade so wie sie einstimmig die Mittel für den Krieg votirten und kürzlich abermals weitere Mittel für denselben verwilligten. Ohne Zweifel hätten sie sich dann begnügt, wieder mit einer ihrer beliebten motivirten Abstimmungen ihr particularistisches Gewissen zu salbiren. Allein der Abfall Bayerns ermuthigt auch die Gegner in Württemberg und verleihet ihnen die Möglichkeit, wieder eine eigentlich oppositionelle Stellung einzunehmen; sie gewinnen damit eine wirkliche Basis auf der sie

den Kampf in der Wahlagitation wie im Ständesaal aufnehmen können. Das wird ihnen nun nichts helfen, wenn die Regierung fest an ihrem bisherigen Standpunkte hält und es ihr auch ferner gelingt, einflussreiche Gegenwirkungen im Schach zu halten. Die Frage ist nur, ob nicht die letzteren an der Haltung Bayern's unerwartet wieder eine Stütze finden und einen letzten Anlauf versuchen. Und für diesen Fall ist es wirklich ein Unglück, wenn die nächste Kammer nicht eine charaktervolle nationale Mehrheit aufweist.

Eine Lehre ist aus diesem zähen Widerstand, der noch mehr im Volke seinen Sitz hat, als in der Regierung, unschwer zu entnehmen: im Frieden wäre es uns nimmer gelungen, die Einheit zu vollenden, und wir haben den Krieg zu pressen, auch wenn er uns nicht die volle Einheit schafft, wenn er sie auch nur um ein gutes Stück weiterführt. Unter diesen Umständen ist das Unglück zu ertragen, wenn es nicht gelingen sollte, den ganzen Süden auf einmal in die Bundesgemeinschaft hineinzuziehen. Bis der letzte widerstrebende Staat kommt, ist der übrige Süden um so gewisser in den Bund eingewöhnt, und es vollzieht sich auch in diesem Stadium wieder das Gesetz unsrer nationalen Entwicklung, das vom Kern des preussischen Staates aus, je nach ihrer Reife, die übrigen deutschen Länder dem deutschen Staate gewinnt.

7.

Kriegsbericht.

Die deutsche Verfassung und die Aussicht auf Frieden.

Nach längeren Verhandlungen ist es gelungen, zu Versailles den Eintritt der Südstaaten in den deutschen Bund zu sichern. Die Verträge mit Baden und Hessen sind unterzeichnet und liegen bereits dem Bundesrath zu Berlin vor, auch mit Württemberg ist abgeschlossen, mit Bayern verabredet, die Unterzeichnung der Verträge soll demnächst zu Berlin stattfinden. Der Abschluß erfolgte in der Weise, daß den Verträgen mit Baden und Hessen ein Verfassungsentwurf zu Grunde gelegt wurde, welcher die vereinbarte Verfassung des norddeutschen Bundes in wichtigen Punkten modificirt, zugleich mit Rücksicht auf Bayern und Württemberg. Ueber diesen neuen Verfassungsentwurf wurden mit den einzelnen Staaten besondere Verträge geschlossen oder punctirt, welche für die Großherzogthümer Baden und Hessen im Ganzen die Stellung schaffen, welche die Großherzogthümer des Nordbundes haben: Disposition über das